



Antrittsbesuch beim neuen Innenminister Reinhold Jost

Der Landesvorstand der DPoIG hatte Ende Juni endlich die Möglichkeit, sich auch persönlich bei Innenminister Reinhold Jost vorzustellen. Im Rahmen dieses ersten Kennenlernens hat der Landesvorsitzende Sascha Alles die Kernthemen und Forderungen seiner Gewerkschaft vorgestellt.

► Aktuelle Stellensituation bei PVB und Tarif/Verwaltung

Das LPP verfügt aktuell über circa 2 500 PVB, 380 Tarifbeschäftigte und 30 Verwaltungsbeamte.

Im Bereich der PVB sind jedoch faktisch nur circa 2 200 VZÄ besetzt. Dies führt zu einer enormen Mehrbelastung. Gleichzeitig sind bis heute die Aufgabenzuwächse und Bearbeitungszahlen überdurchschnittlich stark gestiegen. Aktuell sind im Bereich der Sexualstraftaten (KIPO) durch verbesserte Auswertemöglichkeiten und Zulieferungen aus dem Ausland (USA) die Fallzahlen „explodiert“. Gerade in diesem Bereich ist jedoch eine zeitnahe Bearbeitung elementar.

Auch große Verfahren im Bereich der Wirtschaftskriminalität binden immer mehr Personal, sodass regelmäßig die Fachdienststelle aus anderen Bereichen Unterstützung erfahren muss. Eine Vielzahl von EGen belastet ebenso.



► DPoIG-Landesvorstand und Minister Jost mit Staatssekretär Lang und Abteilungsleiter Stoll

Das Arbeitsfeld „Cybercrime“ wächst ständig weiter und die Kapazitäten der Polizei werden diesem Umstand bei Weitem nicht gerecht. Durch den Aufstieg des Fußballvereins Elversberg werden in der nächsten Spielrunde viele zusätzliche Gelb- und Rot-Spiele mit entsprechendem Personalbedarf auf die Polizei zukommen.

Anders als in vielen anderen Bundesländern existiert im Saarland auch kein Ausgleich für Personalausfälle durch Elternzeit/Mutterschutz/Beschäftigungsverbot. Gerade im WSD der Polizeiinspektionen steigt die Belastung durch solche Ausfälle, die in der Regel erst mit dem Personalzuteilungstermin im Oktober jeden

Jahres kompensiert werden können (falls möglich: „Minusverteilung“!).

Wir müssen auch feststellen, dass die Zahl der Kündigungen und Entlassungen in den letzten beiden Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Nicht nur Anwärter verlassen die Polizei, sondern auch Kolleginnen und Kollegen, die seit einigen Jahren im Dienst und sogar leibzeitverbeamtet sind.

Daher fordern wir mittelfristig den Aufbau einer Mindestpersonalisierung auf 3 000 PVB und den Ausbau von Tarif- und Verwaltungsstellen, die von polizeifremden Tätigkeiten entlasten können (siehe auch Ergebnisse der AG Tarif und Verwaltung).

Kurzfristig fordern wir:

- > Erhöhung der Einstellungen bereits in diesem Jahr auf mindestens 150
- > Schaffung eines Ausgleichsfaktors für familienpolitische Ausfallzeiten als „On-top“-Faktor zur Einstellung
- > Einstellung von Anwärtern mD/gD im Verwaltungsbereich
- > Einstellung von weiteren Tarifkräften (POD aktuell mit circa 30 Prozent unterbesetzt!)
- > Umsetzung der Möglichkeit, Wirtschafts-/Cyberkriminalisten einzustellen
- > Strukturanalyse der Organisation (Problem der Besetzung von PPost und Revieren)

Gleichzeitig muss die Landesregierung mehr Mittel zur Attraktivitätssteigerung des Polizeiberufes in die Hand nehmen. Als Schlusslicht der Besoldung kann dies nicht gelingen. Im Bereich der Beförderungen muss die regelmäßige Beförderung in allen Besoldungsgruppen ausgebaut werden. Es reicht leider nicht, nur das Eingangssamt im Blick zu haben. Es müssen Perspektiven für alle da sein. Gerade auch Führungskräfte müssen für die Verantwortung, die sie zusätzlich übernehmen, ebenso schneller befördert werden. Wartezeiten im Eingangssamt A 9 von neun Jahren im Vergleich zur Verwaltung mit 5,5 Jahren stehen außer Verhältnis. Ziel muss sein, dass möglichst viele PVB in die A 11 gelangen (RLP werden regelmäßig über 30 Prozent der FH-Absolventen in die A 11 befördert und über 20 Prozent

Impressum:

Redaktion:
Sascha Alles (V. i. S. d. P.)

Landesgeschäftsstelle:
Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken
Telefon: 0681.54552
Fax: 0681.54553

www.dpolg-saar.de
E-Mail:
info@dpolg-saar.de

ISSN 0937-4876



ohne mit einem Budget von 2,7 Millionen Euro).

Daher brauchen wir:

> dauerhafte Erhöhung des Beförderungsbudgets (von 493 000 auf 700 000 Euro) sowie notwendige Stellenhebungen in allen Bereichen.

■ **Einstellungsverfahren und Zahl der Einstellungen**

Das Einstellungsverfahren beginnt in der Regel im Oktober des Jahres und finale Zusagen erfolgen im Juni/Juli des Folgejahres. Somit dauert unser Verfahren (zehn Monate) bundesweit mit am längsten. Die Bewerbung muss digital (Interamt) erfolgen und damit endet die Digitalität im Verfahren auch schon: schriftliche Tests unverändert sowie alle weiteren Abläufe.

Es muss bereits mehr in den Start des Einstellungsverfahrens investiert werden. Behörde und MIBS arbeiten nebeneinander. Daher empfehlen wir die Bündelung der Kapazitäten und die deutliche Straffung der Prüfungen. Sporttest und schriftlicher Test könnten zusammengeführt werden. Dabei sollte der schriftliche Test

digital absolviert werden, um die Auswertzeit deutlich zu verkürzen. Wer dann im oberen Leistungsfeld ist, sollte bereits die ärztliche Untersuchung durchlaufen. Ziel muss sein, das Verfahren auf wenige Wochen zu reduzieren. Menschen möchten nicht vier Mal aus der Republik ins Saarland anreisen, um am Ende erst sehr spät eine Zusage zu erhalten.

Wir fordern des Weiteren:

- > die Einführung zweier Einstellungstermine, wie es zum Beispiel RLP bereits erfolgreich umsetzt. Damit entspannt man die Belastung der FHSV, der Praktikastellen und der Behörde im Allgemeinen.
- > Die Einrichtung eines FOS-Zweiges Polizei/Verwaltung, um frühzeitig Interessenten zu binden und die Möglichkeiten des Werbens bei Absolventen des mittl. Bildungsabschlusses zu ermöglichen. Gleichzeitig können FOS-Praktika in der Behörde umgesetzt werden

■ **Zulagewesen (Verbesserungen und neue spezifische Zulagen)**

Die im letzten Jahr vereinbarte Erhöhung der Polizeizulage um

7,76 Euro wird von uns weiter als unzureichend gesehen. Im Übrigen ist die Auszahlung entgegen einer Info aus dem Landesamt für Zentrales/Besoldungsstelle immer noch nicht erfolgt, obwohl die Entscheidung bereits im Dezember 2021 im Parlament getroffen wurde. Bereits damals wurde vonseiten der SPD-Vertreter betont, dass man sich da mehr hätte vorstellen können. Daher möchten wir nochmals neben einer weiteren Erhöhung (Durchschnitt Bund/Länder) auch das Thema Dynamisierung und auch Ruhegehaltsfähigkeit als Kernforderung herausstellen.

Aber auch in spezialisierten Bereichen gibt es Nachholbedarf. So sehen wir es weiter als dringend notwendig an, den Kolleginnen und Kollegen, die im Bereich der Kinderpornografie arbeiten müssen, eine Belastungszulage zu gewähren (wie in NRW). Auch sehen wir es als notwendig an, Bereiche, in denen Verwaltungs-/Tarifkräfte polizeiliche Arbeit unterstützen (zum Beispiel bei Durchsuchungen, Einsatzbewältigung BAOen) ebenso mit einer Sicherheitszulage zu vergüten.

Die einzige geschlossene Einheit im Saarland, die keine Zulage bekommt, jedoch nicht nur bei Großeinsätzen (wie Fußball oder G7) zum Einsatz kommt, sondern regelmäßig im ganzen Land, ist die Bereitschaftspolizei. Daneben wird die OPE zu einem Teil ebenso als geschlossene Einheit eingesetzt. Hierfür erfolgt keine Entschädigung, obwohl gerade die Einsatzbelastung in diesen Bereichen vor allem am Wochenende hoch ist. Die Erschwerniszulagen VO baut hohe Hürden auf, die Einheiten wie diese in der Regel nicht überwinden können, da gerade die Flexibilität ihren Mehrwert darstellt. Somit haben alle, die eine regelmäßige Dienstvorplanung haben, immer einen klaren Vorteil.

Auch benachteiligt die aktuelle Regelung in der Verordnung Teilzeitkräfte, da diese zwar die gleichen Voraussetzungen erfüllen müssen wie Vollzeitkräfte (Dienstpaare), hierfür aufgrund Stundenreduzierung aber oft kaum entsprechende Möglichkeiten haben.

Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe ...

DPoIG im Gespräch mit der CDU-Fraktion im Saarländischen Landtag Polizei steht vor riesigen Herausforderungen und DPoIG erwartet schnelle Unterstützung

Landesvorsitzender Sascha Alles und sein Stellvertretender Markus Sehn trafen die neue innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Anja Wagner-Scheid, die neue Vorsitzende des Innenausschusses, Tanja Pavel, sowie Raphael Schäfer und Patrick Waldruff zum Austausch.

■ **Themen**

Prekäre Personalsituation:

Hohe Durchfallquoten und steigende Zahl von Kündigungen verschärfen die personelle Lage weiter. Es muss kurzfristi-

ge Lösungen geben, um direkt unsere Kolleginnen und Kollegen zu entlasten. Es müssen daher unter anderem schnell weitere Stellen für Tarifkräfte freigegeben werden und endlich eine Entlastung von polizei-

fremden Tätigkeiten. Gleichzeitig müssen finanzielle Anreize gesetzt werden, um Abwanderungen zu verhindern.

Einstellungsverfahren (zu lange Dauer/nicht digital):

Das Ein-

stellungsverfahren muss auf den Prüfstand und deutlich beschleunigt werden. Zwei Einstellungstermine würden mehr Bewerber bringen und die Organisation entlasten. Eine stabile (hohe) Einstellungszahl sorgt



für bessere Planbarkeit. Die Erhöhung der Einstellung muss daher bereits 2022 beginnen.

Zusätzliche Stellen bei Einstellung zum Ausgleich von Personalausfällen (Elternzeit ...): Personalausfälle bringen die Polizei an Belastungsgrenzen. Eine fast paritätische Einstellung muss durch einen Ausgleichsfaktor bereits von Anfang an zusätzliche Stellen garantieren (dies ist Standard in vielen Bundesländern).

Personalpool zum unterjährigem Ausgleich von Ausfällen (zum Beispiel im WSD): Personalausfälle können gerade im WSD nicht erst im Oktober ausgeglichen werden (Personalzuteilungstermin). Wir



> Sehn, Pavel, Wagner-Scheid und Alles (von links)

© DPoIG

brauchen einen echten Stellenpool um unterjährig zügig nicht besetzte Stellen nachbesetzen zu können.

Schaffung eines Fachoberschulzugangs „Polizei“: Eine frühzeitige Bindung von Interessenten für den Polizeiberuf mit mittlerer Reife ist dringend notwendig, um die schlechte Bewerberlage zu verbessern. Durch die Schaffung eines Pilotprojektes „Fachoberschule für Polizei“ sehen wir neue Chancen, mehr geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu gewinnen.

Wir erwarten Wertschätzung für unsere Kolleginnen und Kollegen, dafür kämpfen wir. Weitere Gespräche mit politisch Verantwortlichen folgen. ■

Diplomierung des Studiengangs P40

Am 3. Juni 2022 fand nach pandemiebedingter Pause endlich wieder eine Diplomierungsfeier statt. Die Studienjahrgänge V39 der Allgemeinen Verwaltung und P40 der Vollzugspolizei erhielten an diesem Tag ihre Diplome in der Gebläsehalle in Neunkirchen.



© DPoIG

> Diplomanten mit Innenminister Jost

Neben vielen Vertretern aus Politik und Gewerkschaften waren Führungskräfte der saarländischen Polizei und der neue Innenminister Reinhold Jost sowie die Familien der Diplomanten Gäste der Feier. Zu Beginn der Ausbildung (des Studiums) waren 128 Anwärterinnen und Anwärter in fünf Kursen eingestellt worden. Nach der über dreijährigen Ausbildung wurden nun 58

Kolleginnen und 62 Kollegen diplomiert. Dabei waren sechs Absolventen mit der Durchschnittsnote im Bereich „sehr gut“ dabei. Jahrgangsbester war Kollege Hoffmann von der PI Sulzbach (13,06 Punkte).

Wir gratulieren unseren Kolleginnen und Kollegen zum Diplom und freuen uns auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit. ■

> Geburtstage im Monat Juli und August

Wir gratulieren folgenden Kollegen zum Geburtstag

1. Juli	D. Rausch	50 Jahre
4. Juli	J. Groß	63 Jahre
14. Juli	W. Hund	69 Jahre
14. Juli	Ch. Simon	30 Jahre
5. August	G. Schabert	80 Jahre
6. August	M. Mailänder	66 Jahre
9. August	H. Keilhauer	40 Jahre
10. August	A. Jung	50 Jahre
13. August	E. Rose	68 Jahre
18. August	N. Fenique	30 Jahre
26. August	W. Untersteller	65 Jahre

Wir wünschen alles Gute, Glück und vor allem Gesundheit für das neue Lebensjahr.

Eure DPoIG



G7-Einsatzbetreuung in Elmau – DPolG ist am Start



Auch bei diesem Einsatz sind viele unserer Kolleginnen und Kollegen mit dabei gewesen. Da durfte die DPolG-Einsatzbetreuung natürlich nicht fehlen.

Vor Ort sind viele freiwillige Helfer (auch aus dem Saarland) der DPolG unterwegs gewesen und versorgten die eingesetzten Kräfte mit allem, was gerade gebraucht wurde. Neben Leckereien und kühlen oder

heißen Getränken wurden auch immer wieder Sonnenschutz und Mückensprays sehr gerne genommen.

Unser Landesvorsitzender Sascha hatte es sich natürlich nicht nehmen lassen, den Kol-



leginnen und Kollegen der BePo persönlich noch Verpflegung mit auf den Weg in den Einsatz zu geben.

DPolG-Delegierte beim 25. Landesgewerkschaftstag des dbb saar



Amtshilfe ja, aber nicht dauerhaft – DPolG fordert Ende der Unterstützung im AnKER-Zentrum durch Kräfte der Polizei

Aktuell verrichten Kolleginnen und Kollegen des Landespolizeipräsidiums (LPP 114 und 43) im Rahmen der Amtshilfe ihren Dienst im AnKER-Zentrum in Lebach und sollen dort bei der Erfassung und Registrierung von Schutz- beziehungsweise Asylsuchenden unterstützen. Dies ist grundsätzlich keine Frage. Jedoch läuft die Unterstützung nun schon seit über zehn Wochen. Gleichzeitig fehlen die Kolleginnen und Kollegen auf ihren Stammdienststellen. Gerade der Polizeiliche Ordnungsdienst, der sich deutlich personell unter dem Stellen Soll befindet, kann kaum

seine originären Aufgaben erfüllen.

Auch die Kolleginnen und Kollegen des Polizeiorchesters können dringend notwendige Vorbereitungen und Übungen nicht absolvieren und es steht zu befürchten, dass sie dadurch ihre eigentliche Aufgabe nicht mehr richtig wahrnehmen können.

Daher haben wir uns an Innenminister Jost gewandt:

› Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen wieder ihre originären Aufgaben erfüllen können.

› Nach über zehn Wochen muss die zuständige Behörde selbst nachpersonalisieren können.

Mittlerweile haben wir eine Antwort des Ministeriums bekommen:

- › Die zunehmende Beeinträchtigung der eigenen Aufgaben der eingesetzten Kräfte ist bekannt.
- › Aktuell befindet man sich daher im engen Austausch zwischen Abteilung D, LPP und Herrn Staatssekretär.
- › Bei den Unterstützungsleistungen handelt es sich nicht um Tätigkeiten, die typi-

scherweise von Polizeibediensteten zu leisten sind.

Daher will man zeitnah auf andere Kräfte aus der Landesverwaltung zur Unterstützung zurückgreifen (Poolbildung). Die nächste Runde der Staatssekretäre soll sich daher damit befassen und dies anstoßen. Ziel ist, ein zeitnahes „Ausstiegs-szenario“ für die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen des LPP herbeiführen zu können.

Mit Blick auf die anstehende Urlaubszeit hoffen wir nun auf eine baldige Lösung! Es ist höchste Zeit ...